

Editorische Vorbemerkungen

Die Teilbände II–IV des Handbuches zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland verfolgen zwei Ziele: Erstens, eine umfassende Präsentation von sozialstatistischen Informationen zu den Mitgliedern und Funktionsträgern der westdeutschen Parteien bis 1990. Zweitens, eine detaillierte Kommentierung dieser Informationen und kritische Abwägung ihrer Verlässlichkeit. Die Bände bilden mit dem bereits erschienenen Teilband I zur Mitgliedschaft und Sozialstruktur der Abgeordneten in Bund und Ländern eine Einheit, ist es doch ein wichtiges Anliegen des Handbuches, die Entwicklung der Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger der einzelnen Parteien im Zusammenhang darzustellen. In diesen editorischen Vorbemerkungen wird ein genereller, parteiübergreifender Überblick über den Aufbau und die Quellengrundlage des Handbuches, die Zuverlässigkeit der präsentierten Zahlen und die Gestaltung der Tabellenteile gegeben; damit werden dem Benutzer allgemeine Informationen zum Gebrauch des Handbuches zur Verfügung gestellt. Die Bemerkungen sind insgesamt knapp gehalten und beschränken sich auf grundsätzliche Hinweise. Ausführlichere Einführungen in die Tabellengruppen finden sich in den Einleitungen zu den einzelnen Parteienkapiteln.

Die Gestaltung der vorliegenden Bände orientiert sich an zwei Grundsätzen. Die statistische Überlieferung soll sowohl möglichst quellennah als auch einheitlich dargeboten werden. Es ist einerseits ein wichtiges Anliegen des Handbuches, die einzelnen Statistiken möglichst in ihrem historischen Kontext und mit der überlieferten Terminologie zu präsentieren, lassen sich doch dadurch über die Zahleninformationen hinaus Einblicke in das statistische Verständnis und die Selbstbeschreibung der Parteien gewinnen. Die Gliederung der Teilbände erfolgt deshalb grundsätzlich nach Parteien bzw. nach – in einem engen politisch-organisatorischen Zusammenhang stehenden – Parteiengruppen.¹ Die Parteistatistik wird in ihrer historischen Entwicklung dokumentiert.

Andererseits wurde eine weitgehende Vereinheitlichung der Parteiüberlieferungen und der Darstellungsform angestrebt, die einen einfachen Vergleich informationsverwandter Tabellen und Tabellengruppen zwischen den einzelnen Parteien sowie eine schnelle Orientierung im Gesamtwerk ermöglicht. Es wurden große Anstrengungen unternommen, die einzelnen Teilbände und Kapitel hinsichtlich des Aufbaus, der Tabellenabfolge und -gestaltung möglichst eng aneinander anzugleichen. Informationen über Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger liegen nun in einheitlichen Tabellen für den gesamten Darstellungszeitraum leicht verfügbar und in vergleichender Perspektive auswertbar vor. Wie unten näher ausgeführt wird, folgt die Anordnung der Tabellengruppen einer parteiübergreifenden Systematik. Über die innere Vergleichbarkeit hinaus wurde in der Gestaltung des Handbuches Wert darauf gelegt, auch die Anschlußfähigkeit der statistischen Informationen an parteiunabhängige Statistiken, vor allem die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, zu gewährleisten. Die Entscheidungen über Auswahl, Aufbau und Gestaltung der Tabellen sind von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern der drei Teilbände gemeinschaftlich getroffen worden. Die Verant-

¹ Auf einen Parteienvergleich innerhalb einzelner Tabellen wurde aus Platzgründen verzichtet.

wortung für die Quellenrecherche, Einleitung und Kommentierung der Parteienkapitel liegt dagegen bei den entsprechenden Bearbeiterinnen und Bearbeitern selbst.

Quellenlage

In der Hauptsache bilden unveröffentlichte Quellen aus der Überlieferung der Parteien die Tabellengrundlage. Es erfolgte jedoch durchgängig ein Abgleich der aufgefundenen Materialien mit der einschlägigen Forschungsliteratur. Berücksichtigt wurden dabei ausschließlich Vollerhebungen der Mitgliedschaften, die in der Regel auf parteiinternen Aggregationsverfahren beruhen. Repräsentativerhebungen und demoskopische Studien, die zumal für das Ende des Untersuchungszeitraumes in größerer Zahl vorliegen, sind nur in Ausnahmefällen herangezogen worden, in denen kaum andere Informationen zu der entsprechenden Partei vorlagen.² Die Entscheidung, die Darstellung auf Vollerhebungen zu beschränken, hat zunächst arbeitsökonomische Gründe. Eine Berücksichtigung aller einschlägigen Erhebungen hätte den Rahmen des Forschungsprojektes gesprengt. Darüber hinaus sprachen jedoch auch methodische Erwägungen gegen eine Beachtung der repräsentativ erhobenen Daten, die gänzlich andere Kommentierungsprobleme mit sich bringen als parteiinterne Mitgliederstatistiken. Es erweist sich im zeitlichen Abstand als schwierig abzuschätzen, auf welche Grundgesamtheit sich die einzelnen Untersuchungen beziehen, welches Datenmaterial ihnen zugrunde liegt und welche Erhebungszeitpunkte gewählt wurden. Ein Vergleich der Repräsentativerhebungen mit den Parteistatistiken stößt so schnell an seine Grenzen. Schließlich wäre eine Integration der Umfrageergebnisse in die Tabellengruppen mühevoll gewesen, unterscheiden sie sich doch hinsichtlich der Kategorieneinteilung und -dichte oft erheblich von den übrigen Daten.³

Auch von einer Zusammenfassung und Auswertung von Individualdaten, wie sie etwa in Form von Beitrittserklärungen und Personalbögen vorliegen, wurde in der Regel abgesehen, da ein solches Vorhaben die Arbeitskraft der Mitarbeiter deutlich überfordert hätte und aufgrund einer lückenhaften Quellenlage auch kaum sinnvoll erscheint. Für einige kleinere Parteien – insbesondere des rechten Segments des Parteienspektrums – waren Primärerhebungen jedoch bisweilen der einzige Weg, um zu neuen Erkenntnissen über die Mitglieder- und soziostrukturelle Entwicklung zu gelangen.

Die Erhebung von Mitgliederdaten durch die Parteien war nie soziologischer Selbstzweck, sondern das Ergebnis spezifischer politischer Interessen und stand in unterschiedlichen (organisations)politischen Kontexten. Ein erstes Motiv der Parteien, sich statistische Informationen über die eigene Anhängerschaft zu verschaffen, war und ist finanzieller Natur. Besonders Parteien wie die SPD, die zur Finanzierung ihrer politischen Tätigkeit wesentlich auf finanzielle Beiträge ihrer Mitglieder angewiesen waren,

² Die Ausnahme betrifft im wesentlichen die FDP, die kaum Informationen zur Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft besaß. Vgl. Daniela Gniss, FDP, in: Oliver Gnad/Daniela Gniss/Marion Hausmann/Carl-Wilhelm Reibel, FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien, Düsseldorf 2005 (= HSPP III).

³ Vgl. etwa infas-Report, 1977, Bonn-Bad Godesberg 1977/78; für den Einzelnachweis der zahlreichen Teilbände siehe Josef Boyer, SPD, in: ders./Till Kössler, SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990, Düsseldorf 2005 (= HSPP IV).

bauten frühzeitig eine Mitgliederverwaltung auf, die zumindest rudimentäre Angaben zur Zahl und Struktur der Mitgliedschaft erhob. Andere Motive traten im Laufe der Zeit hinzu: Der Aufbau einer schlagkräftigen Organisation war insbesondere für Oppositionsparteien wichtig und, so die Überzeugung, ohne eine Kenntnis der Grundeinheiten und Mitglieder kaum möglich. Die Parteileitungen wollten durch statistische Erhebungen auch Informationen über den Erfolg von politischen Kampagnen und Mitgliederwerbaktionen in der Bevölkerung gewinnen. Besonders seit Mitte der 1950er Jahre manifestierte sich das Interesse an einer politischen Steuerung der Mitgliedschaftsentwicklung über die Kernmitgliedschaften hinaus. Die Mitgliederstatistik diente nun der Information über den Zuspruch in einzelnen Bevölkerungsstellen und sollte die Parteiführungen in die Lage versetzen, Defizite ihrer Mitgliederwerbung zu erkennen, sich bislang vernachlässigten Bevölkerungsgruppen zuzuwenden und insgesamt eine Mobilisierung der Anhängerschaft über eine zielgruppenspezifische Ansprache zu erreichen.⁴ Kurz: die Mitgliederstatistik wurde zu einem wichtigen politischen Instrument und zu einem Gradmesser politischen Erfolgs. Teilweise mögen schließlich auch partizipationsorientierte Erwägungen eine Rolle gespielt haben. Zentrale Mitgliederkarteien sollten die Einbeziehung der einzelnen Mitgliedergruppen in den politischen Prozeß befördern. Bei der Auswertung der einzelnen Tabellen sind ihre politisch-organisatorischen Entstehungsbedingungen, die in den einzelnen Parteikapiteln ausführlicher dargelegt werden, zu berücksichtigen, um zu einer angemessenen Einschätzung der vorhandenen Zahlen zu gelangen.

Allgemein lassen sich drei Phasen der Mitgliederstatistik unterscheiden. In der Wiedergründungsphase nach 1945 bemühten sich die Parteien, häufig in Reaktion auf alliierte Besatzungsbestimmungen, die regelmäßige Auskünfte über den Mitgliederstand der Parteien verlangten, einen Überblick über die sich neu formierende Mitgliedschaft zu gewinnen. Zwar führten einige Parteien schon eine regelmäßige Organisationsberichterstattung ein, doch war die Parteistatistik im ganzen noch unterentwickelt. Die Währungsreform im Juni 1948 und der folgende flächendeckende Rückgang der Mitgliederzahlen bildeten dann den Auftakt zu einem stärkeren Interesse der Parteien an ihren Mitgliedern. In einer zweiten Phase seit Anfang der 1950er Jahre gab es zumindest in den großen Volksparteien vermehrt Initiativen, einen besseren Überblick über die eigene Mitgliedschaft und den Funktionärskörper zu gewinnen. Vielfach installierten die Parteien nun Verfahren, um regelmäßig statistische Informationen zu erhalten. Zusätzlich führten sie teilweise Sondererhebungen durch.

Erst mit der schrittweisen Einführung zentraler Mitgliederkarteien auf EDV-Grundlage von Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre begann ein neuer Abschnitt der Mitgliederstatistik. Die technischen Möglichkeiten, die politische und organisatorische Konkurrenz der Parteien, schließlich die soziologische Planungseuphorie der 1960er Jahre bewirkten eine Ausweitung und gleichzeitige Standardisierung der sozialstatistischen Mitgliedererfassung. Seit den 1970er Jahren liegen zumindest für CDU, CSU und SPD relativ umfangreiche sozialstatistische Informationen in jährlichem Turnus vor. Art und Umfang der erhobenen Informationen glichen sich zwischen den Parteien seit den 1970er Jahren tendenziell an. Die Einführung elektronischer Karteien vermochte allerdings bei weitem nicht, alle bestehenden Probleme der Mitgliederverwaltung zu lösen, und oftmals verschlechterte sich in einer Übergangszeit vorübergehend sogar die Datengüte.

⁴ Vgl. hierzu Boyer, SPD, in: HSPP IV.

Überblickt man den herangezogenen Quellenkorpus genauer, so lassen sich verschiedene Quellenarten unterscheiden:

1. Die Hauptquelle für den Zeitraum vor Einführung der zentralen Mitgliederverwaltung sind parteiinterne sozialstatistische Erhebungen, die von den meisten Parteien entweder periodisch oder zu besonderen Anlässen durchgeführt wurden. Die SPD führte seit 1955 beispielsweise eine Statistik zum Alter und Beruf ihrer Neumitglieder. Auf standardisierten Meldebögen erfragte sie monatlich bzw. quartalsweise die entsprechenden Informationen von ihren Untergliederungen. Auch in der CDU setzte sich in den 1950er Jahren ein System von Meldebögen durch, mit denen die Partei Angaben zur Mitgliederstatistik erhob. Die einzelnen Erhebungen beruhten in der Regel letztlich auf den Einzelangaben der Mitglieder, die diese bei ihrem Parteieintritt auf Beitrittsformularen eintrugen. Auftraggeber der Zusammenstellungen waren entweder die Parteiführung oder aber regionale Parteigliederungen. Ihrem unterschiedlichen Entstehungskontext entsprechend unterschieden sich die statistischen Aufstellungen in hohem Maße hinsichtlich der aufgenommenen Merkmale und ihrer Systematik.

2. In regelmäßigen Abständen veröffentlichte Berichte der Parteien wie Jahresberichte, Geschäftsberichte und Rechenschaftsberichte bilden einen weiteren wichtigen Quellenbestand. Die in ihnen abgedruckten Statistiken entsprachen zumeist den parteiintern erstellten Aufstellungen und weisen somit eine ähnliche Problematik hinsichtlich der Güte ihrer Zahlen auf. Insgesamt weist diese Quelle charakteristische Lücken auf. Häufig liegen nicht aus allen regionalen Gliederungen der Parteien bzw. für alle Jahre Angaben vor. Trotz dieses Problems stellen die Berichte eine äußerst wichtige Überlieferung dar.

3. Abrechnungsunterlagen aus den Finanzabteilungen enthalten für einige Parteien und Zeitspannen wichtige Informationen. In der SPD bildeten von 1947 bis 1973 Quartalsabrechnungsbögen, die die Parteibezirke an die Finanz- und – als Durchschlag – die Organisationsabteilungen des Parteivorstands schickten, die wichtigste Quelle zur frühen Mitgliederstatistik. In einigen anderen Parteien stellen Kassenberichte zumindest eine Kontrollüberlieferung dar. Jede Benutzung der Unterlagen aus den Finanzabteilungen sieht sich jedoch vor das Problem gestellt, daß die Zahl der abgerechneten Mitglieder oft erheblich vom zumeist ebenfalls angegebenen nominellen Mitgliederstand abweicht. Die Entscheidung darüber, welche Zahl im Einzelfall aussagekräftiger ist, bedarf genauer Kenntnisse der Mitgliederverwaltung und der Erhebungsabläufe.

4. Zwischen 1965 und Ende der 1970er Jahre führten alle großen Parteien zentrale Mitgliederkarteien auf EDV-Basis ein. Die monatlich oder jährlich vorgenommenen Ausdrücke dieser Karteien bilden für die Zeiträume seit ihrer Einführung die mit Abstand wichtigste Quelle. Zwar basierten auch die elektronisch erzeugten Aufstellungen auf den Beitrittsscheinen der Mitglieder, die elektronische Datenverarbeitung vereinfachte nun aber die Auswertung und ermöglichte eine erweiterte und detaillierte Aufschlüsselung der vorhandenen Informationen. Allerdings teilt auch diese Quelle viele Probleme ihrer Vorgänger und bedarf deshalb wie diese einer kritischen Kommentierung.

5. Einige weitere, die genannten Gruppen ergänzende Quellen müssen erwähnt werden. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren können Lücken in der Überlieferung teilweise durch Akten der Militärregierungen gefüllt werden, welche die Parteien in ihren Zonen zu einer regelmäßigen Berichterstattung über ihren Mitgliederstand verpflichteten. Allerdings liegen die Informationen fast ausschließlich auf Kreis- und Bezirksebene, nur in Ausnahmefällen auf Landesebene vor, sind in ihrer Qualität schwer einzuschätzen und aufgrund von Lücken nur mühsam zu Landesangaben zusammen-

zustellen. Bekannt ist, daß die Parteien den Militärregierungen vielfach überhöhte Zahlen nannten, um politische Schlagkraft zu suggerieren und so an Einfluß zu gewinnen.

6. In einigen Parteien kommt dem Briefwechsel von Parteifunktionären und -mitarbeitern eine gewisse Bedeutung als Quelle zu. In ihm wurden teilweise statistische Informationen weitergegeben. Aus dieser Überlieferung lassen sich zwar keine systematischen Zahlenreihen erstellen, und auch die Grundlage der genannten Zahlen bleibt häufig unklar. Für einige Parteien wie die FDP, zu der für lange Zeiträume kaum statistische Informationen vorliegen, sind diese Einzelangaben dennoch unverzichtbar.

7. Mangels alternativer Überlieferungen wird in einigen Fällen auch auf Delegiertenmeldungen zurückgegriffen, die Mitgliederzahlen als Grundlage der Delegiertenzahl anführen. Zwar muß oft mit einer bewußten Überhöhung der gemeldeten Zahlen durch die unteren Parteigliederungen gerechnet werden, die eine möglichst hohe Delegiertenzahl anstrebten, doch läßt sich über die Meldungen der absolute Mitgliederstand immerhin annäherungsweise bestimmen.

8. Im Falle der Partei DIE GRÜNEN wurde aufgrund der ausgesprochen schlechten Quellenlage von dem generellen Beschluß, keine Individualdaten zu berücksichtigen, abgegangen. Für ein Sample der Mitglieder der Alternativen Liste in Berlin wurde aus den individuellen Beitrittsformularen und Austrittserklärungen eine Mitgliederstatistik erstellt.

9. Eine Ausnahme stellt auch die Aufnahme einer Repräsentativerhebung der FDP aus dem Jahr 1977 dar, anhand derer die großen blinden Flecken, die in der Überlieferung der FDP zur sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft bestehen, zumindest im Ansatz geschlossen werden können.

10. Im Fall der Parteien des äußersten linken und rechten Spektrums erwiesen sich schließlich die publizierten Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz als wichtige Ergänzungsquelle. Auch wenn die in ihnen angeführten Zahlen nicht überprüft werden können, bilden sie doch ein wertvolles Korrektiv zu den publizierten Angaben der betreffenden Parteien selbst, die in der Regel ihren Mitgliederstand deutlich zu hoch ansetzten.

Zur Zuverlässigkeit der statistischen Angaben

Die meisten Angaben zur Mitgliederentwicklung und Sozialstruktur bedürfen der Kommentierung. Diese wird sowohl in den Einleitungen zu den einzelnen Beiträgen als auch an den Tabellengruppen selbst vorgenommen. Einige generelle Probleme der Datenauswertung sollen aber schon an dieser Stelle angesprochen werden.

Ein Hauptproblem, mit dem sich Parteistatistiker wie wissenschaftliche Benutzer der Mitgliederzahlen konfrontiert sahen bzw. sehen, stellt das »Altern« der Zahlen dar. Dies betrifft zum einen die absoluten Mitgliederzahlen. Abgänge von Mitgliedern blieben vielfach über einen längeren Zeitraum unentdeckt bzw. wurden erst mit einer Zeitverzögerung an die Parteizentrale weitergegeben. Veränderungen des Mitgliederstandes werden von den Tabellen also in vielen Fällen erst mit einiger Verzögerung erfaßt (sogenannte »Karteileichen«).

Verzerrungen der Mitgliedermeldungen ergaben sich aber auch aus der parteiinternen Informationsakkumulation. Die Einzelangaben der Mitglieder mußten von den Untergliederungen in Karteien zusammengestellt, statistisch zusammengefaßt und über ein Berichtswesen den höheren Parteiorganen gemeldet werden. Unzureichende, fehler-

hafte oder gänzlich fehlende Meldungen verzögerten die Zusammenstellung der Angaben auf Länder- und Bundesebene und beeinträchtigen insbesondere vor Einführung der zentralen Mitgliederkarteien auf EDV-Basis die Zahlengüte. Viele Angaben in den Tabellen basieren nur auf einer Teilmenge von Mitgliederdaten, in einigen Fällen sogar nur auf einer geringen Fallzahl. Immer wieder liegen auch für einzelne Landes- bzw. Bezirksverbände überhaupt keine Angaben vor. Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter des Handbuches haben sich insgesamt für eine möglichst umfassende Präsentation von Angaben entschieden. Auch sichtbar unvollständige Zahlen bzw. Annäherungswerte wurden immer dann – besonders gekennzeichnet – in die Tabellenteile aufgenommen, wenn sie Rückschlüsse auf allgemeinere Entwicklungen zulassen.

Ein weiteres wichtiges Problem der Parteistatistiken besteht darin, daß sie – auf den individuellen Eintrittsmeldungen beruhend – Veränderungen in der sozialen Stellung der Mitglieder unzureichend berücksichtigen. Dies betrifft offenkundig nicht die Merkmale Geschlecht, Alter und Dauer der Parteizugehörigkeit und nur selten die Konfession, wohl aber die Tabellen zu beruflicher Stellung, Beruf und Zugehörigkeit zu anderen Organisationen. Obwohl einige Mitglieder Veränderungen ihrer persönlichen Stellung der Partei anzeigten, muß generell davon ausgegangen werden, daß sich einzelbiographische Entwicklungen in den genannten Kategorien nicht oder erst mit einer zeitlichen Verzögerung auch in der Mitgliederstatistik niederschlugen. Die präsentierten Tabellen zeichnet somit eine gewisse »Trägheit« aus, die Analysen der Mitgliederentwicklung zu berücksichtigen haben.

Allerdings darf das Ausmaß der Verzerrungen nicht überschätzt werden. Bis 1990 war beispielsweise Kontinuität in der individuellen Erwerbsbiographie eher die Regel als die Ausnahme, zumindest was grundsätzliche Berufsrichtungen und Positionen der Berufsstellung anging. Die einzelnen Parteien bemühten sich zudem regelmäßig, Mißstände in der Organisationsberichterstattung abzustellen, Karteiüberprüfungen und -bereinigungen in den Untergliederungen durchzuführen und somit die Datengrundlage der Mitgliederstatistiken zu verbessern bzw. zu aktualisieren. Dies gelang nach Einführung der zentralen Mitgliederkarteien besser als in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, wenn die angesprochenen Probleme auch unvermindert weiterbestanden. Generell muß die Datengüte jedoch als gut bezeichnet werden. Zwar geben die einzelnen Werte nie exakt den Mitgliederstand und die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder, und in einer Reihe von Fällen konnten beträchtliche Verzerrungen nachgewiesen werden, doch die Zahlen ermöglichen im ganzen einen verlässlichen Überblick über Entwicklung und Veränderung der Mitgliedschaften und des Funktionärswesens. Die detaillierten Kommentare der Bearbeiterinnen und Bearbeiter geben im Einzelfall Hinweise zur Datengüte.

Umfang und Grenzen von Erhebung und Darstellung, Aufbau der Tabellen

Das Handbuch beabsichtigt einen möglichst umfassenden und gleichmäßigen Überblick über die Entwicklung der Mitgliedschaft und sozialen Struktur der untersuchten Parteien. Bei der Erstellung der einzelnen Tabellengruppen mußten die Bearbeiterinnen und Bearbeiter die höchst disparate Überlieferungssituation berücksichtigen. Zunächst liegt nicht für alle Parteien und den gesamten Zeitraum gleichmäßig statistisches Material vor. Generell ist die Überlieferung für die großen Parteien und die späteren Jahrzehnte besser als die Überlieferung zu den kleinen Parteien und den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten. Darüber hinaus unterscheiden sich räumlicher Gesamtumfang

und Untergliederung der Parteien. Während sich einige Parteien in ihrer Organisationsstruktur den Grenzen der Kreise und Bundesländer anpaßten, führten andere ein eigenes Gliederungssystem fort. Schließlich fragten die einzelnen Parteien nicht nur unterschiedliche soziale Merkmale ihrer Mitgliedschaft ab, sondern unterschieden sich auch in der Art der Kategorieneinteilung. Trotzdem sollte im Handbuch eine möglichst einheitliche und den Vergleich erlaubende Tabellengestaltung und -gliederung erreicht werden. Zu diesem Zweck wurden unter Abwägung mit dem Grundsatz der quellen-nahen Präsentation umfangreiche Eingriffe in die Quellenaufstellungen vorgenommen, die im folgenden näher beschrieben werden.

1. Eine erste Auswahl galt es, hinsichtlich der darzustellenden Gebietseinheiten zu treffen. Die Tabellenteile enthalten generell nur Angaben zu den räumlichen Ebenen der Gesamtpartei und der Bundesländer, die in den einzelnen Tabellenteilen in alphabetischer Reihenfolge den Zahlen für die Gesamtpartei folgen. Die Gebietsgliederungen vor Einführung der Bundesländer wurden der Folgezeit angepaßt, um diachrone Vergleiche zu ermöglichen. Im Fall von Baden-Württemberg, das erst 1952 als Bundesland ins Leben trat, werden für die unmittelbaren Nachkriegsjahre sowohl die Werte der Vorläuferländer als auch die – fiktiven – Werte des späteren Bundeslandes angeführt. Die Grenzen der Parteibezirke als erste Untergliederung der Gesamtparteien entsprechen in vielen Fällen nicht denjenigen der Bundesländer, sondern umfassen häufig kleinere Gebiete. Für die Publikation wurden, soweit dies notwendig war, aus den Bezirksangaben Länderwerte errechnet, um eine Vergleichbarkeit sowohl zwischen den Parteien als auch hinsichtlich anderer Statistiken zu gewährleisten. Es muß gewärtigt werden, daß sich diese Zahlen in vielen Fällen auf fiktive Parteieinheiten beziehen.

Eine Ausnahme in der räumlichen Gliederung des Handbuches erfolgt im Fall der CSU sowie einigen hauptsächlich regional verankerten Kleinparteien (SRP, DRP, BP, Zentrum). Hier wurden zusätzlich zu den Zahlen für die Gesamtpartei auch die Werte für die Parteibezirke aufgeführt, um die jeweilige Struktur der Partei in den Blick zu rücken. Darüber hinaus wurden auch in einzelnen Tabellen zur Sozialstruktur Angaben zu kleinräumigeren Gebieten angeführt, um Überlieferungslücken zu schließen. Zwar wäre in vielen Fällen insgesamt auch eine umfassendere Darstellung der regionalen Parteientwicklungen möglich gewesen, sie hätte aber die Dimensionen dieses Handbuches und des gesamten Projekts gesprengt. Vielmehr war es die Intention, durch die kritische Wiedergabe aggregierter Zahlen zur Mitgliederstatistik gerade Lokal- und Regionalstudien einen statistischen Rahmen zu bieten.

2. War einerseits eine räumliche Begrenzung der Darstellung notwendig, so mußte andererseits auch eine zeitliche Auswahl getroffen werden. Für CDU, CSU und SPD liegen insbesondere für die Zeit nach Einführung der zentralen Mitgliederkarteien statistische Angaben in sehr großem Umfang vor. Eine vollständige Präsentation der vorhandenen Zahlen hätte den zur Verfügung stehenden Raum gesprengt. Dies wäre auch wenig sinnvoll gewesen, verändert sich die Sozialstruktur der Parteien von Jahr zu Jahr doch nur geringfügig; der Überblick über langfristige Entwicklungen wird durch größere Betrachtungsintervalle also eher erleichtert. Es wurde deshalb die Regelung getroffen, den allgemeinen Mitgliederstand (I.A.1) und die Mitgliederfluktuation (I.A.2), soweit es die Quellenlage zuläßt, jährlich, alle Angaben zu den Neumitgliedern (II.) und den Ausgeschiedenen Mitgliedern (III.) mindestens alle zwei Jahre, alle weiteren Angaben zu den sozialen Merkmalen schließlich in Schritten von vier Jahren darzustellen. Dabei wurden die Jahresschritte so gewählt, daß sie die Vergleichbarkeit der Angaben zwischen den Parteien gewährleisten. Von dieser generellen Richtlinie wurde jedoch immer dann abgegangen, wenn die Quellenlage nur eine unsystematische Darstellung

erlaubte oder wichtige inhaltliche Gründe für eine dichtere Präsentation der Zahlen sprachen. Insbesondere in den Jahren vor Einführung der zentralen Mitgliederkarteien und im Fall der kleineren Parteien konnten vielfach keine kontinuierlichen Zahlenreihen gebildet werden. Alle Zahlenangaben beziehen sich, sofern nicht anders vermerkt, immer auf den 31.12. des jeweiligen Jahres.

3. Neben der zeitlichen und räumlichen Gliederung unterscheiden sich die Parteistatistiken auch hinsichtlich der abgefragten sozialen Merkmale. Während einige Kategorien wie das Geschlecht, das Alter und die berufliche Stellung der Mitglieder von der Mehrheit der Parteien im Zeitverlauf erhoben wurden, liegen Angaben zu anderen Merkmalen wie etwa der konfessionellen Zugehörigkeit, des Familienstands oder der Gewerkschaftszugehörigkeit nur für bestimmte Parteien vor. Ebenso unterschied sich das Ausmaß, in dem Neumitglieder und Funktionsträger von den Parteien sozialstatistisch erfaßt wurden. Die jeweilige Parteiüberlieferung setzt den Möglichkeiten der Mitgliederstatistik insgesamt klare Grenzen. Dies erklärt das Fehlen vieler Informationen, etwa zum Einkommen und Vermögen der Parteimitglieder, ihrem Bildungsstand und ihrer landsmannschaftlichen Herkunft.

Um die verschiedenen Informationen in eine übersichtliche und Parteienvergleiche ermöglichende Ordnung zu bringen, wurde von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern eine generelle Systematik entwickelt, die der Darstellung in den einzelnen Parteienkapiteln zugrunde liegt.⁵ Sie gliedert sich auf der ersten Ebene nach den von den jeweiligen Statistiken erfaßten Mitgliedergruppen (I. bis IV.). Die weitaus meisten Tabellen beziehen sich auf die Gesamtmitgliedschaft (I.) Daneben existieren aber auch zahlreiche Tabellen zu den Neumitgliedern (II.), den Ausgeschiedenen Mitgliedern (III.), schließlich zu den Funktionsträgern der Parteien (IV.). Als Neumitglieder bzw. Ausgeschiedene Mitglieder werden der Parteienüberlieferung entsprechend jeweils diejenigen Personen bezeichnet, die innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts – zumeist eines Jahres – neu in der Mitgliederstatistik erfaßt bzw. aus den Karteien gestrichen wurden. Die Zahlen geben oft die tatsächliche Mitgliederfluktuation nur annäherungsweise wieder, doch bieten sie wichtige Einblicke in den sozialen Wandel der Mitgliedschaften.

Die Gruppe der Funktionsträger läßt sich schwerer eingrenzen. In der Forschung ist diese besondere Mitgliedergruppe bisher selten explizit in den Blick genommen worden, und auch viele Parteien haben ihr kaum statistische Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist unbestritten, daß alle diejenigen Personen, die ein parteiinternes Wahlamt ausübten, als Funktionäre bezeichnet werden können, doch inwiefern auch einfache Parteiangestellte ohne politisches Mandat zur Gruppe der Funktionsträger zählten, ist umstritten. Dem Handbuch wurde eine sehr weite, an den Parteiüberlieferungen orientierte Definition zugrunde gelegt, die sowohl Inhaber von Parteiämtern als auch Parteiangestellte und Delegierte zu Parteiveranstaltungen als Funktionäre begreift. Auf diese Weise soll zukünftige Forschung nicht präjudiziert und eine Fortschreibung des Handbuches gewährleistet werden.

Unterhalb dieser ersten Ordnungsebene werden im Abschnitt A zunächst Angaben zum absoluten Mitgliederstand gemacht bzw. zum Fluktuationsverhalten der Mitgliedschaft (Ein- und Austritte), um in Abschnitt B die Mitgliedschaft differenziert nach sozialen Merkmalen zu untersuchen.⁶ Schließlich erfolgt in Abschnitt C eine Betrachtung

⁵ Vgl. das »Gliederungsschema der Tabellen«, S. 863.

⁶ Es ließe sich einwenden, daß Geschlecht, Alter und einige weitere Merkmale strenggenommen keine »sozialen Merkmale« darstellen. Da jedoch an dieser Stelle in der Hauptsache die sozialstrukturierende Wirksamkeit dieser Merkmale interessiert, scheint die Bezeichnung vertretbar.

tung jener Mitglieder, die sich in parteinahen Vorfeldorganisationen und in Gewerkschaften organisiert haben. Diese dreischichtige Systematik bildet die primäre Gliederung der Parteienkapitel, wobei naheliegenderweise immer nur diejenigen Gliederungspunkte Erwähnung finden, zu denen Angaben vorliegen. Innerhalb der einzelnen Gliederungspunkte erfolgt dann die weitere Unterteilung der Tabellen nach Gesamtpartei und Bundesländern. Eine Abkehr von der systematischen Einteilung erfolgt einzig im Fall derjenigen Parteien, zu denen nur sehr verstreute statistische Befunde vorliegen. Dies betrifft vor allem die kleineren Rechtsparteien. Hier erfolgt die Darstellung der statistischen Befunde in Form von beschreibenden Essays.

4. Der Aufbau der Tabellen ist in allen Teilbänden und Parteienkapiteln nach Möglichkeit einheitlich. Bei Wahrung der Quellenterminologie sind die Tabellen so gestaltet worden, daß eine schnelle Orientierung in den einzelnen Aufstellungen und ein tabelle- wie parteiübergreifender Vergleich leicht möglich ist. Besonders in den Abschnitten zu den Zu- und Abgängen (A.2), dem Alter (B.2) und der beruflichen Stellung (B.5) waren zudem teils umfangreiche Umgruppierungen der Quellenstatistiken notwendig, um die Kategorieneinteilung der Parteien aneinander anzugleichen.

Bei den Zu- und Abgängen werden neben den auftretenden Zahlendifferenzen – soweit vorhanden – auch Zu- und Abgangsgründe aufgeführt. Aufgrund der komplizierten und uneinheitlichen Überlieferung der Angaben war es teilweise notwendig, neue Rubriken einzuführen, um die Datengüte besser bestimmen zu können.⁷ Auch bei den Alterstabellen wurden Veränderungen vorgenommen. Allerdings konnten die Alters-einteilungen der Überlieferung nur bedingt einander angepaßt werden, da die einzelnen Parteien eine jeweils unterschiedliche Altersklasseneinteilung vornahmen, die sich zu- meist auch noch im Zeitverlauf veränderte. Gleichwohl wurde eine gewisse Vereinheitlichung erzielt, indem die Statistiken, die das Alter nach Jahrgängen auswiesen, in solche umgewandelt wurden, die das Alter nach dem Lebensalter der Mitglieder erfassen; diese Umstellung war jedoch nicht in allen Fällen möglich. Schließlich wurde die Kategorienabfolge in den Aufstellungen zur beruflichen Stellung vereinheitlicht, um dem Benutzer eine arbeitsökonomische Vergleichsebene zu schaffen. Hingegen erwies sich der Weg einer formalen Parallelisierung bei den Berufstabellen von CDU und SPD als nicht gangbar. Diese Statistiken wurden von CDU und SPD als Teil der jeweiligen zentralen Mitgliederkartei ab Mitte der 1960er beziehungsweise der 1970er Jahre eingeführt und an die Berufsklassifizierungen des Statistischen Bundesamtes angelehnt. Ihr Aufbau, ihre Begrifflichkeit und Kategorienabfolge unterscheiden sich aber vielfach. Das erklärt sich vor allem aus dem unterschiedlichen Zeitpunkt der Einführung der Berufsstatistiken: Während sich die CDU der amtlichen Berufsklassifizierung von 1961 anlehnte, folgte die SPD dem neun Jahre später deutlich modifizierten amtlichen Register. Darüber hinaus sprechen aus der unterschiedlichen Form aber auch die verschiedenen statistischen Erfordernisse – mithin die besondere berufliche Zusammensetzung der jeweiligen Mitgliedschaft – sowie das Selbstverständnis der Parteien. Um diese historischen Sachverhalte zu übermitteln, wurden die Berufstabellen in ihrer inneren Reihenfolge und Begrifflichkeit quellenidentisch wiedergegeben. Damit aber auch vergleichende Arbeiten zwischen CDU und SPD sowie mit der generellen Berufsstatistik möglich werden, wurde eine Konkordanz angelegt, in der die Berufstabellen der beiden Parteien sowohl aufeinander als auch auf die amtliche Berufsklassifizierung von 1970 bezogen sind.⁸

⁷ Vgl. dazu besonders Boyer, SPD, in: HSPP IV.

⁸ Vgl. die »Konkordanz der Berufstabellen«, S. 864–872.

Bei der Interpretation der Tabellen muß schließlich insgesamt berücksichtigt werden, daß die Einteilung der Mitglieder in der Regel nicht von ausgebildeten Statistikern, sondern von Parteimitarbeitern an der Parteibasis vorgenommen wurde. Während dies in Bereichen wie Geschlecht und Alter wenig problematisch gewesen sein dürfte, stellte die Einteilung der Mitglieder in Berufsgruppen die einzelnen Bearbeiterinnen und Bearbeiter vor eine anspruchsvolle Aufgabe. Zwar existierten in vielen Fällen Handreichungen der Parteileitungen, doch muß davon ausgegangen werden, daß die Kategorisierung uneinheitlich durchgeführt wurde. Inwiefern es aber tatsächlich zu signifikanten Verzerrungen in den Statistiken aufgrund fehlerhafter Eingabe kam, läßt sich im Einzelfall nur schwer bestimmen.

5. Grundsätzlich werden jeweils neben den absoluten Zahlen die Prozentangaben auf zwei Dezimalstellen gerundet angeführt. Die Prozentangaben sind prinzipiell – unabhängig von eventuellen Angaben in den Quellen – von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern errechnet worden und beziehen sich immer auf die Summe der einzelnen Werte in der Tabelle. Eine Ausnahme stellen die Tabellen zu den »Zu- und Abgängen« dar, in denen sich die Prozentzahlen auf den Mitgliederstand am jeweiligen Jahresanfang beziehen.

6. Die unter der Rubrik »Mitglieder insgesamt« angeführten Werte in den Tabellentiteln B und C sind nicht immer mit den in den Tabellen A.1 angeführten allgemeinen Mitgliederzahlen identisch, da sie oft auf einer anderen bzw. unvollständigeren Datengrundlage beruhen und vielfach aus den Quellenstatistiken erst errechnet worden sind. Von einer schematischen Übernahme der allgemeinen Zahlen aus A.1 in die jeweiligen Tabellen wurde abgesehen, da dies einen massiven Eingriff in die innere Einheit und Überlieferung der Tabellen dargestellt und die Gewichtung der einzelnen Kategorien zueinander verzerrt hätte. Die Tabellen sind daher zunächst für sich zu interpretieren. Der Bezug zu informationsverwandten Tabellen ergibt dann oft zusätzliche Analyse-möglichkeiten.

7. Wann immer möglich, erfolgt eine Ausweisung der sozialstatistischen Verteilung auch gesondert für die weiblichen Mitglieder. Lediglich für die Zeitspanne der zentralen Mitgliederkarteien mußte in den Ländertabellen oft auf die weitere Aufschlüsselung der Merkmale nach dem Geschlecht verzichtet werden, um den Umfang der Publikation nicht zu sprengen. Wenn nicht anders ausgewiesen, beziehen sich in den geschlechtsspezifischen Tabellen die Prozentangaben auf die Zahlen in der Reihe »Mitglieder insgesamt« – also nicht auf die Summe der jeweiligen weiblichen Mitglieder.

8. In einigen Fällen liegen in den Quellen konkurrierende Zahlenangaben vor. Zumeist ließen sich die Differenzen aufklären und auf dieser Grundlage Entscheidungen darüber herbeiführen, welche Zahlen in die Tabellen aufgenommen werden sollten. In den Fällen, wo dies nicht möglich war, haben die einzelnen Bearbeiterinnen und Bearbeiter nach Plausibilitätsgesichtspunkten entschieden und gegebenenfalls die Alternativüberlieferung in den Fußnoten vermerkt.

9. Alle Zahlen, die nicht unmittelbar aus den Quellen entnommen oder von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern errechnet wurden, sind in den Tabellen kursiv gesetzt. Gleiches gilt für unvollständige Angaben, deren Präsentation jedoch wichtig erschien. Bloße Addierungen zur Länder- oder Bundesebene verzichten auf Kursivsatz.

In den Quellen nicht vorhandene Werte und sich daraus ergebende Leerstellen in den Tabellen sind mit einem Strich »-« gekennzeichnet. Die Tilde »~« wird hingegen in den Tabellen immer dann gesetzt, wenn in Einzeljahren eine statistische Kategorie der Tabelle nicht erhoben wurde. Sie wird verwendet, um den Unterschied zu fehlenden Werten oder Null-Werten kenntlich zu machen.

Interpolationen, also die annäherungsweise Errechnung fehlender Werte, wurden nur in einigen Ausnahmefällen durchgeführt und in den Anmerkungen entsprechend vermerkt. Teilweise wurden jedoch aus vorhandenen Prozentzahlen fehlende absolute Werte errechnet; hieraus gewonnene Werte sind ebenfalls an der Kursivzeichnung zu erkennen.